

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Risdorf, St. Egidien, Sebnitzort, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Trischheim.

Er erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 20.— M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 60.— M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 2 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 2.— M. für auswärtige Besteller mit 2,25 M. berechnet. Im Reflektoren- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 4,50 M., für Auswärtige 5.— M. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Druckmaschinen: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 101

Dienstag, den 2. Mai 1922

72. Jahrgang

Arbeiterzählung betreffend.

Die Zählung der gewerblichen Arbeiter erfolgt in diesem Jahre am 2. Mai. Die Betriebsunternehmer haben die ihnen zugehenden Zählortdrucke nach dem Stande vom 2. Mai genau auszufüllen und innerhalb 3 Tagen im hiesigen Polizei- und Einwohnermeldeamt abzugeben. Stadtrat Lichtenstein-Callnberg, den 29. April 1922.

Kurze wichtige Nachrichten.

Es bestätigt sich, daß der in Berlin eingetroffene Reichsminister Hermes vor den Parteiführern des Reichstages über die Lage in Genua sprechen wird. Voraussichtlich wird Hermes am Mittwoch im Hauptauschuß des Reichstages gleichfalls Ausführungen über Genua machen.
Die Ausperrung der Bauarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat in den letzten Tagen weiteren Umfang angenommen. Es sind weit über 25 000 Bauarbeiter außer Arbeit gesetzt. Heute beginnen Einigungsverhandlungen in Berlin.
Die ehemalige Kaiserin Jita und ihre Kinder werden — wie aus Frankfurt gemeldet wird — nächstens nach Spanien reisen, wo sie auf Einladung des Königs ihren Wohnsitz nehmen wollen.
Einem Mitglied der französisch-belgischen Wirtschaftskommission legte Poincaré die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Abkommens zwischen Frankreich und Belgien dar. Poincaré sagte, er halte diese Verständigung für höchst wünschenswert. Vorbereitungen zum Zwecke eines Einvernehmens werden bald eröffnet werden.
Einer Meldung des Berliner Tageblattes zufolge haben sich die baltischen Staaten auf der Konferenz zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen.

Deutsches Reich

Die Kommunisten heißen, aber scheitern nicht.

S. J. Dresden. Wie wir schon mitteilten, sind die sächsischen Kommunisten von ihrer Absicht, dem bürgerlichen Auflösungsantrag im Landtage zuzustimmen, wieder abgegangen. Dieses Resultat ist in langwierigen Sitzungen der Funktionäre der drei Regierungsparteien zu Stande gekommen. Namentlich aber hat in der Presse der Sozialdemokraten u. der Unabhängigen eine Erörterung über die Möglichkeit der Bildung einer nach der bürgerlichen Seite hin erweiterten Koalitionsregierung eingeleitet. Auf diese Erörterungen sehen die Kommunisten einen argen Dämpfer. Sie bringen in aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß sie nicht um die Früchte ihres neuerlichen Unfalles gebracht werden wollen. Der Landtagsabgeordnete Renner schreibt im kommunistischen „Volksblatt“: „Die sächsischen Arbeiter dulden keine Koalitionsregierung. Sie verlangen von einer sozialistischen Regierung andere Taten als bisher. Die Kommunisten haben den Vorstoß der Bürgerlichen nicht aus Liebe zu Sud und Lipinski zurückgeschlagen, sondern um den Interessen des Proletariats zu dienen. Das sächsische Proletariat will nicht nur die Form einer sozialistischen Regierung, es fordert die Taten einer sozialistischen Regierungspolitik. Worte machen keinen Arbeiter satt. Reden öffnen keine Gefängniszelle. Erklärungen sichern den Organen der Arbeiterkassen keinen Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung. Die Arbeiterkassen erhebt ganz bestimmte Forderungen in den Fragen der Amnestie, der Siporeform, der Technischen Rothhilfe, des Zusammenarbeitens zwischen der Regierung und Betriebsräten. Die Regierung soll diese Forderungen endlich durchführen, wenn sie, ihrem Versprechen gemäß, die proletarischen Interessen in den Vordergrund ihrer Politik stellen will.“ Die sozialdemokratischen Parteien haben die Mehrheit im Landtag. Sie haben die Vollzugsgewalt in der Regierung und den Einfluß auf die Reichspolitik. Hier bietet sich für die sozialdemokratischen Parteien der konkrete Weg, die Bekanntheit zur Einheitsfront in die Wirklichkeit umzusetzen. Andernfalls ist die Einheitsfront eine Täuschung und die sozialistische Regierung ein Trug. Die Arbeiter aber, in Sachsen und im ganzen Reich verlangen klare politische Handlungen. Von diesem Verlangen der proletarischen Massen wird die Stellungnahme der kommunistischen Partei zur sächsischen Regierungstruppe bestimmt.“ — Es muß nun wieder die getretete Regierung nach der kommunistischen Pfeife tanzen.

Der Reichstag.

Berlin. Der Vizepräsident des Reichstages beriet unter Teilnahme des Vizepräsidenten Bauer über den Wiederzusammentritt des Plenums des Reichstages, der ursprünglich auf den 2. Mai angelegt war. Der Ausschuß beschloß, von diesem Termin abzugehen und erst die Klärung der auf der Konferenz von Genua abgehandelten Fragen abzuwarten. Der Ausschuß soll Ende dieser Woche wieder zusammentreten, um den Termin für die nächste Plenarsitzung zu be-

Scharfe Worte Poincarés an Lloyd George.

Paris, 30. April. Der „Chicago Tribune“ zufolge hat Poincaré durch Vermittlung der französischen Abordnung in Genua dem englischen Ministerpräsidenten eine kurze persönliche Note überreichen lassen, in der er erklärt, daß er erstaunt und peinlich berührt gewesen sei, als er entdeckte, daß der englische Ministerpräsident das in Voulagne feierlich gegebene Versprechen umgehe und das Reparationsproblem in Genua erörtern lassen will. Auf dem Quai d'Orsay erklärt man, daß es zum ersten Male geschah, daß ein französischer Ministerpräsident so energisch zu Lloyd George spreche. Falls Barthou nach seiner Rückkehr nach Paris melden sollte, daß Lloyd George auf dem Zusammentritt des Obersten Rates beharre, erscheint die weitere Teilnahme der französischen Abordnung an der Konferenz zweifelhaft, und ebenso zweifelhaft auch sei eine Rückkehr Barthous nach Genua.

„Matin“ glaubt, daß die französische Regierung entschlossen sei, keinerlei Konzessionen hinsichtlich der Beschlüsse von Cannes und des französischen Memorandums zu machen. Das sei auch die Ansicht Barthous, der also sehr leicht den Wünschen seiner Regierung hätte Folge leisten können.

Lloyd George läßt nicht locker.

Paris, 1. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ in Genua meldet, Lloyd George betonte Barthou gegenüber von neuem die Notwendigkeit der Einberufung der Signatarmächte des Versailler Friedensvertrages vor dem 31. Mai, damit über die Maßnahmen gesprochen werden könne, welche in den Fällen getroffen werden sollen, daß Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Lloyd George schlug als Ort der Zusammenkunft eine kleine Stadt in der italienischen Riviera vor, nicht weiter als San Remo gelegen.

Die politische Idee der Genrapolitik Lloyd Georges.

London, 1. Mai. Die tiefere politische Idee der Genuapolitik Lloyd Georges, nämlich die Verhinderung der durch den Krieg erzeugten Zerreißung Europas in zwei Gruppen und die Verhinderung der Verschärfung des Gegensatzes zwischen West und Ost durch militärische Allianzen wird kürzlich immer mehr in den Vordergrund der politischen Diskussion gerückt. Die englische Meinung beginnt sich zu klären, wobei diejenigen, welche lieber das Risiko der Beendigung der Entente als dasjenige der militärischen Verschärfung übernehmen wollen, stärker als bisher öffentlich hervortritt. In dieser Hinsicht ist es bezeichnend, daß eine große Zahl von Mitgliedern des nationalliberalen Blocks Lloyd George telegraphierte, auszuharren. Die außerordentliche Bedeutung jener Entscheidung betont Oberst Kington im Daily Telegraph, indem er darlegt, wie England die russische Frage mit der Idee des Burgfriedens verknüpfte und wie folgenreicher es andererseits wäre, wenn England auf die französische Politik der Allianzen einginge, was automatisch eine deutsch-russische Allianz nach sich ziehen würde. Der Artikel ist ein starker Appell an das englische Volk, die Wichtigkeit des Problems einzusehen und Lloyd George auf seinem Wege zu folgen. Kington zeigt besonders auch, wie gefährlich es sei, neben dem allgemeinen Pakt noch Separatallianzen zu unterhalten.

Die „Reparatoren“ an der Arbeit.

Paris, 1. Mai. Die juristische Abteilung der Reparationskommission hat, wie der „Temps“ mitteilt, ihren Bericht eingeleitet, über die ihr angetragene Untersuchung der

Stimmen. Ueber diesen Termin soll inzwischen mit dem Reichszentraler eine Vereinbarung herbeigeführt werden. In der Zwischenzeit soll der Hauptauschuß die Entscheidung beidigen. Auch der Rechtsauschuß, der Soziale Auschuß und der Bevölkerungsauschuß werden ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Wahrscheinlich wird auch der Auswärtige Auschuß zu einer Beratung im Anschluß an die deutsch-polnischen Vereinbarungen über Oberschlesien zusammentreten. Der Tag dafür ist noch nicht bestimmt.

Deutsche Industrie-Ausstellung in Rußland.

Zu dem Plan einer deutschen Industrie-Ausstellung in Sowjetrußland wird mitgeteilt: Mit der Organisation

Frage, ob und inwieweit der deutsch-russische Vertrag gegen den Friedensvertrag von Versailles verstößt. Die Reparationskommission wird nach dem Bericht unverzüglich die Schlußfolgerung beraten. Das „Journal des Debats“ meldet hierzu, daß wahrscheinlich morgen die Kommission Beschlüsse fassen und sofort der deutschen Regierung hierüber Mitteilung machen wird.

Barthou noch in Genua.

Genua, 1. Mai. Infolge der russischen Schwierigkeiten hat Barthou seine Reise nach Paris abermals aufgeschoben. Man hält es für möglich, daß er, wenn die Störung andauert, erst in einigen Tagen fahren wird. Das Memorandum an Rußland ist nun fertiggestellt.

Tschitscherin an Barthou.

Genua, 1. Mai. Tschitscherin richtete an Barthou, der seine Abreise jetzt auf heute festgesetzt hat, ein Schreiben, das, wie er sagt, zur Beseitigung der Meinungsverschiedenheiten dienen soll, die den normalen Gang der Konferenzarbeiten verhindern. Tschitscherin verwahrt sich darin gegenüber den Presseäußerungen dagegen, daß der deutsch-russische Vertrag geheime militärische oder politische Bestimmungen mit einer Spitze gegen Frankreich enthalte. Das Abkommen von Rapallo ist nach der Ansicht der russischen Regierung nichts anderes als der Beginn einer Reihe von Abmachungen, die gemäß den Anschauungen der russischen Abordnung das allgemeine Abkommen ergänzen sollen, das die in Genua versammelten Mächte anstreben.

Weitere russische Pläne.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Aus Gesprächen, die der Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung in Moskau mit verschiedenen führenden Persönlichkeiten hatte, ergibt sich ungefähr folgende Perspektive für das Verhalten der Russen in Genua. Falls die Mächte auch weiterhin die Gewährung einer Anleihe verweigern, will Rußland es ruhig zum Abbruch der Verhandlungen kommen lassen, und danach in den nächsten Monaten versuchen, in Sonderverhandlungen mit gewissen Mächten zu treten. Die Regierung will sich dann besonders an England und Amerika wenden mit weitgehenden Vorschlägen, die sich namentlich auf Eisenbahnkonzessionen in Sibirien beziehen.

Rußlands Petroleum.

Paris, 2. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Ouvrier“ in Genua will von Krasin selbst erfahren haben, daß in Genua augenblicklich Verhandlungen der Sowjets mit englisch-holländischen, sowie mit belgischen und deutschen Gesellschaften wegen Konzessionen bezüglich der Petroleumquellen von Balu und Grosny geführt werden. Die Amerikaner schienen sich bis jetzt noch nicht um die Petroleumquellen im Kaukasus zu kümmern. Krasin sagte, er wisse nicht, warum.

Der Abbau der deutschen Vertretung in Genua.

Genua, 2. Mai. Die Arbeit der Ausschüsse, die sich mit wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Fragen beschäftigen, dürfte im Laufe dieser Woche zu Ende gehen. Voraussichtlich wird ein Teil der deutschen Delegation und der ihr zugeordneten Sachverständigen in den nächsten Tagen nach Deutschland zurückkehren und ein Abbau der deutschen Vertretung in Genua durchgeführt werden.

der Ausstellung sind das Volkswirtschaftsamt für Außenhandel und der oberste Volkswirtschaftsrat betraut. Die Ausstellung soll vom 1. bis 15. Juli dauern. Es sollen nicht nur einzelne Maschinen, sondern ganze Komplexe und ganze Einrichtungen ausgestellt werden. Besondere Aufmerksamkeit wird den Maschinen der Großindustrie gewidmet sein. Ebenso sorgfältig wird die Abteilung der wirtschaftlichen Maschinen für Elektrotechnik, für die Einrichtung von Fabriken usw. beachtet sein. Die Organisatoren des Planes beabsichtigen, insbesondere Erzeugnisse der deutschen Industrie vorzuführen, die durch ihre letzte Vervollkommnung Waren, die früher aus anderen Ländern nach Rußland eingeführt wurden, er-